

# **VERNEHMLASSUNGSANTWORT DER AKTION FREIRAUM**

## ZUM ENTWURF DES RAUMENTWICKLUNGSKONZEPT DER STADT LUZERN

### **Allgemeiner Eindruck**

Die Aktion Freiraum (AF) lehnt den Entwurf des Raumentwicklungskonzeptes ab, da dem Entwurf ein grundlegend falsches Verständnis von Stadtentwicklung, Lebensqualität und Kultur zugrunde liegt. Bereits die Orientierungen an den drei Zukunftsszenarien Wohn-, Gross- und Tourismusstadt zeigen, dass sich die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen der Stadt an der Bevölkerung vorbei auf zahlungskräftige TouristInnen, wohlbetuchte BewohnerInnen und steuerkräftigen Unternehmen orientiert und dabei die konkreten Lebensbedingungen der eigenen Bevölkerung missachtet. Die AF teilt die Ansichten der Stadt über eine ganzheitliche Entwicklung, das Verständnis von Lebensqualität und Kultur nicht, und wird deshalb den BZO mit allen Mitteln bekämpfen, sollte kein grundlegender Richtungswechsel in der Stadtplanung geschehen.

Die AF hält sich in ihrer Vernehmlassungsantwort eher kurz, da verschiedene stadtplanerische und kulturpolitische Organisationen und Institutionen einen Gegenentwurf zu den Konzepten der Stadt planen, welcher im Herbst entstehen wird.

Die allgemeinen Kritiken der AF finden Sie in der Antwort der ersten Frage.

### **1. Wo liegen aus Ihrer Sicht die Stärken und Schwächen im Entwurf des REKs?**

#### **Stärken:**

Die AF begrüsst es, dass im REK die Erhaltung bestehender Grünflächen und Schaffung neuer Grünflächen einen hohen Stellenwert gezollt wird. Sie ist erfreut, dass Grünflächen als notwendige Freiräume für die Entfaltung der Menschen angesehen werden. Entscheidend scheint der AF dabei, dass Grünflächen nicht bloss gesichert, sondern auch deren öffentlichen Zugang erhalten bleibt. Gerade Flächen am See sind von einer Privatisierung zu schützen.

Des weiteren begrüsst die AF, dass sich die REK mit der städtischen Quartierpolitik befasst. Mit der Fusion der Stadt Luzern und Littau, sowie evt. weiteren geplanten Fusionen muss sich die Stadtplanung mit Anonymisierung und Entfremdung befassen und gezielte städtebauliche, sowie sozialpolitische Konzepte entwerfen. Mehr dazu unter Frage 3 (4.3.2).

#### **Schwächen:**

##### **Ziel einer ganzheitlichen Stadtentwicklung**

Bereits in den von der Stadt vorgestellten drei Zukunftsszenarien zeigt sich deutlich, dass die Stadt die Stadtentwicklung unter dem Zeichen des Standortwettbewerbs sieht. Wirtschaftswachstum steht an erster Stelle. Dieses wird erreicht, indem sich der Standort Luzern für steuerstarke EinwohnerInnen und Unternehmen attraktiv macht. Der Standort- und Steuerwettbewerb, welcher sich im Zuge neoliberaler Globalisierung verschärft hat, wird zum prioritären Ziel erklärt. Die Stadt Luzern erklärt zwar, dass „Themen wie beispielsweise Ökologie, Umwelt, Kultur, Bildung, Soziales oder Sport wichtige Eckpfeiler der Stadtentwicklung und des Zusammenlebens“ darstellen. Diese Themen sind jedoch jeweils dem wirtschaftlichen Standortwettbewerb untergeordnet und im REK nur minimal ausgebaut. Sie erhalten erst dann Priorität, wenn sie der wirtschaftlichen Entwicklung dienen. Die einseitige Ausrichtung der Stadtentwicklung lässt ausser Acht, dass soziales oder kulturelles Wohlergehens nicht einfach auf Wirtschaftswachstum basiert.

Es entsteht ein einseitiges Verständnis von Lebensqualität und Wohlstand. Denn gerade nicht-wirtschaftliche Faktoren, welche die soziale Verflechtung schaffen, wie die Dichte kultureller, kreativer und sozialer Einrichtungen, das Mitspracherecht der Bevölkerung, Freiräume, um

sich zu entfalten oder die soziale Sicherheit der Bevölkerung sind entscheidende Faktoren von Lebensqualität – und gleichzeitig nicht direkt wirtschaftliche Wachstumsfaktoren. Soll also das Ziel einer ganzheitlichen Stadtentwicklung die Erhöhung (oder Erhaltung) der Lebensqualität sein, ist in erster Linie auf die Bedürfnisse der gesamten Stadtbevölkerung Rücksicht zu nehmen und neben wirtschaftlichen Indikatoren soziale und kulturelle Indikatoren gleichberechtigt zu betrachten. Ziel darf es nicht in erster Linie sein, das „unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum der Stadt Luzern zu verbessern“ (S.5), sondern die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung zu befriedigen. Denn auch eine wirtschaftlich attraktive Stadt braucht zuerst eine (arbeitende) Bevölkerung, welche sich in dieser Stadt wohl fühlt.

### **Urbane Durchmischung**

Damit sich die Stadt Luzern zu einem urbanen Zentrum der Zentralschweiz entwickeln kann, muss sie demnach nicht bloss wirtschaftlich attraktiv sein. Mit Urbanität wird vor allem auch eine starke Durchmischung verschiedenster Individuen, Bedürfnissen und Ansichten auf kleiner Fläche verstanden. Die Förderung einer solchen Durchmischung verschiedenster Lebensformen wird jedoch nicht erreicht, wenn z.B. unter Verbesserung des Wohnangebots die Schaffung von Wohnungen im mittleren und oberen Preissegment; oder unter Arbeitsplatzangebot die Schaffung von gut qualifizierten Arbeitsplätzen verstanden wird. Wohnen ist nicht vor allem „hinsichtlich der Wertschöpfung interessant“ (S.5), sondern Lebensnotwendigkeit. Arbeit ist nicht bloss wachstumsfördernd, sondern Garant für soziale Sicherheit. Mit der konsequenten Priorisierung von steuerstarken Bevölkerungsschichten wird die räumliche (und damit auch soziale) Segregation von verschiedenen Lebensformen verstärkt. Ärmere Bevölkerungsschichten werden aus dem Stadtzentrum an die Peripherie gedrängt, damit Platz für teure Wohngebiete im Zentrum entsteht.

Der REK scheint diese Durchmischung jedoch nicht zu beachten, bzw. zu befürworten. Gerade auch durch das Agglomerationskonzept, welches von der AF quasi unkommentiert (siehe Frage 2) abgelehnt wird, fördert im Gegenteil gar die Zersiedelung. Die AF fordert deshalb, dass im Sinne einer Durchmischung urbaner Lebensformen der soziale Wohnungsbau, der Ausbau des öffentlichen und Langsamverkehrs sowie die Förderung von Klein- und Kleinstgewerbe, die Schaffung von kulturellen Freiräumen – auch und gerade im Stadtzentrum – als entscheidender Punkt in das REK aufgenommen wird.

### **Kulturverständnis**

Mit dem oben bereits benannten einseitigen Verständnis von Lebensqualität entsteht ein weiteres Problem des REK: Kultur wird, wenn überhaupt, im REK als Wirtschaftsfaktor betrachtet. Einzig unter Punkt 4.2.1 wird vom sogenannten „wichtigen <kreativen Milieu>“ gesprochen – allerdings im Zusammenhang mit dessen Vertreibung aus dem Zentrum. Der einzige konstruktive kulturpolitische Vorstoss besteht aus der Standortsuche für den „salle modulable“. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die Stadt Kultur als die etablierte, international ausstrahlende, für Kulturtourismus interessante Konsumkultur betrachtet. Die AF ist aufgrund des Kulturverständnisses der Stadt auch nicht überrascht, dass in den Leitsätzen und Stossrichtungen in Kapitel 7 kein einziges Wort über Kultur steht.

Doch in unserem Verständnis ist Kultur mehr als konsumierbare, etablierte Kultur. Kultur ist der Umgang der Menschen untereinander und mit Kulturgütern. Sie ist Ursprung der Umgangsformen, der Kreativität und Produktivität. Somit zeichnet sie die gesellschaftliche Existenz aus. Kultur ist also nicht einfach ein Produkt, welches importiert oder kommerziell vermarktet werden kann, sondern Teil und Grundlage des alltäglichen Lebens.

So ist die Kultur Ursprung von produktivem Handeln. Dieses Handeln braucht seine Freiheit, um entstehen zu können. Was wir unter Kultur – und insbesondere Alternativkultur – verstehen ist das Experimentieren, Aushandeln und Erschaffen von Lebens- und

Schaffensformen – oder wie sie es nennen, das im „kreativen Millieu“ Entstehende. Gerade auch die etablierte Kultur nährt sich erst aus diesem Millieu. Damit sich Luzern also auch in Zukunft Kulturstadt nennen kann, braucht sie diesen Nährboden. Und muss ihm auch Freiräume zugestehen.

### **Wirtschaftsverständnis**

Die AF kritisiert auch, dass das Wirtschaftsverständnis, welches sich durch den gesamten Bericht zieht, kein wirklich zukunftsorientiertes Verständnis darstellt. Soziologisch betrachtet befinden sich die post-industriellen Staaten – und somit auch der Dienstleistungsstaat Schweiz – an der Schwelle zu einem neuen Produktionsregime, dem Post-Fordismus. Dieses ist durch eine neue Arbeitsweise gekennzeichnet, welche sich durch verstärkte Flexibilität, Projektarbeiten und temporäre Arbeitsplätze, unregelmäßige Arbeitszeiten und neuen Qualitäten auszeichnet. Die neuen Qualitäten können als affektive oder immaterielle Arbeiten bezeichnet werden. Arbeit wird nicht mehr bloss in einer Fabrik oder einem Büro verrichtet, sondern zieht sich durch das gesamte Leben. Das Schaffen von einem eigenen sozialen Netzwerk, informellen Beziehungen, die affektive Arbeit während und neben der Arbeit, die Digitalisierung vieler Arbeiten führen dazu, dass Arbeit und Freizeit, Heim- und Büroarbeit verstärkt vermischt wird. Gefragt ist nach Meinung vieler Soziologen die kreative Arbeit – sei diese in künstlerischer, gestalterischer aber auch gewerblicher Form. (Kunst, Kultur, Marketing, Design, Grafik, Architektur, Handwerk etc.) Gefragt ist eine sogenannte Creative Class, welche flexibel und selbstorganisiert ist. Diese Creative Class braucht ihren Nährboden in einem urbanen Zentrum, welches von der Durchmischung verschiedenster Sphären (Wohnen, Arbeiten, Kultur, Gewerbe) geprägt ist, und ihnen ihre Räume zur Verwirklichung geben kann. Was die AF fordert – die Schaffung kultureller Freiräume (Auftrittsorte, Ateliers, Bandräume, alternative Wohnprojekte) – ist nach einem solchen Wirtschaftsverständnis nicht bloss eine Frage der Kulturnot, sondern stellt auch eine zukunftsgerichtete wirtschaftliche Strategie dar. Die Produktion von Kreativität kann also auch als entscheidender wirtschaftlicher (Standort-)Faktor der Zukunft gesehen werden. Nicht bloss attraktive Steuerkonditionen, gute Infrastruktur oder zentrale Örtlichkeiten dienen der wirtschaftlichen Prosperität, sondern auch sein kreatives Milieu. Gerne verweisen wir hier auf den beigelegten NZZ-Artikel.

### **Sicherheitsverständnis**

Die AF begrüsst es, dass das Thema der Sicherheit Einzug in den REK genommen hat. Sie ist jedoch mit dem einseitigen Sicherheitsverständnis der Stadt nicht einverstanden. Einerseits muss, wie im Leitsatz C1 die Sicherheit der Stadt Luzern nicht erhöht, sondern bloss erhalten werden, wie der von der Stadt in Auftrag gegebene Sicherheitsbericht beweist! Die Stadt Luzern ist eine sichere Stadt. Zudem wird deutlich, dass sich städtebauliche Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf die so genannten Problemzonen beschränken. Dies ist, trotz konstruktiven städtebaulichen Massnahmen, reine Symptombekämpfung – denn es wird lediglich auf eine Problematik reagiert. Die Ursachen, dass sich zum Beispiel Jugendliche an einschlägigen Orten versammeln, liegen aber in grundsätzlicheren städtebaulichen Problemen. An erster Linie sei hier erneut auf die fehlenden Freiräume für Jugendliche hingewiesen. Die Tatsache, dass Jugendkulturrhäuser geschlossen werden, und vielmals nur besser kontrollierte, teilweise mit Konsumzwang versehene Kulturrhäuser entstanden sind, ist ein wichtiger Grund, für die Besetzung öffentlichen Raums durch Jugendliche. Des Weiteren ist auch darauf hinzuweisen, dass die Zersiedelung eine Rolle spielt. Die Homogenisierung einzelner Quartiere (v.a. in Agglomerationen) in reine Wohnquartiere, das Fehlen von Quartierläden, von kulturellen und sozialen Einrichtungen und Freiräumen in den Quartieren führt auch dazu, dass sich gerade die Jugend aus ihrem Quartier (aus der Agglomeration) an zentrale Orte begibt. Die AF fordert deshalb, dass, wenn Sicherheit durch städtebauliche Massnahmen

erhalten werden soll, die Schaffung von kulturellen Freiräumen, in denen sich die Jugend auch ohne Konsumzwang und Kontrolle aufhalten und entfalten kann, an erster Stelle steht. Solche Freiräume können vor allem dann Wirkung erzielen, wenn sie im Stadtzentrum und in abgelegenen Quartieren entstehen.

Zudem möchte die AF anregen, auch die soziale Sicherheit in das Sicherheitsverständnis und die konkreten Massnahmen aufzunehmen. Gerade der soziale Wohnungsbau und Wohnprojekte dienen stark der Erhöhung der sozialen Sicherheit, die für die AF ein wichtiger Aspekt von Sicherheit darstellt.

### **Fehlende Partizipation der Bevölkerung**

Die AF ist der Meinung, dass die einfache Bevölkerung im Prozess der Ausarbeitung eines neuen BZO, sowie in den konkreten Massnahmen und Projekten des REK zu wenig einbezogen wird. Oftmals wird davon gesprochen, dass mit privaten Eigentümern, Unternehmen, Gebietsmanagern oder durch wettbewerbsähnliche Verfahren die Stadtplanung beeinflusst und kontrolliert werden soll. Die Mitsprache der direkten BewohnerInnen wird jedoch nirgends berücksichtigt. Im Sinne einer ganzheitlichen Stadtplanung, welche die Bedürfnisse aller BewohnerInnen berücksichtigen soll, wäre diese Partizipation an städtebaulichen Entscheidungen jedoch unverzichtbar. Die AF fordert die Stadt deshalb auf, ein Konzept zu entwickeln, das direkte BewohnerInnen aktiver in den Planungsprozess einbezieht.

## **2. Wie beurteilen Sie das räumliche Leitbild im Kapitel 3?**

Allgemein beinhaltet das räumliche Leitbild viele gute Aspekte. Allerdings werden die gut analysierten Ausgangslagen mit falschen Massnahmen im Aktionsprogramm angegangen. Die AF möchte an dieser Stelle bloss einige Kritiken anbringen:

- Unter 3.3 wird richtig erkannt, dass innerhalb von Quartieren öffentlich zugängliche Grün- und Freiräume erhoben werden müssen. Der AF fehlt dabei jedoch der Hinweis, dass ein Quartier seine Qualität nicht bloss von Grün- und Freiräumen erhält, sondern auch von seinen privaten Versorgungseinrichtungen, Kleingewerbe und kulturellen und sozialen Einrichtungen.
- Die AF möchte auch darauf hinweisen, dass die urbane Durchmischung nur erreicht werden kann, wenn die unter dem Punkt 3.2 beschriebenen dynamischen Wohn- und Arbeitsgebieten mehr als Wohn- und Arbeitsgebiete darstellen. Wie gerade oben geschrieben, müssen auch Kleingewerbe und kulturelle Freiräume in Aussenquartieren entstehen. Für die AF stellt beispielsweise das Hirschmattquartier und insbesondere die Bruchstrasse ein Musterbeispiel für ein gut durchmischtes, urbanes Quartier dar. Es ist also zu beachten, dass gerade in den Entwicklungsgebieten Süd und Nord nicht bloss Wohn- und Büroblöcke entstehen, sondern das Angebot von Gewerbe, Läden, Restaurants/Bars, Kultur und Sozialem ebenfalls berücksichtigt wird.
- Die AF lehnt das Agglomerationsprogramm ab. Da sich die AF jedoch nicht als allgemein-politische Organisation versteht, verzichtet sie auf eine ausführliche Begründung. Sie kritisiert bloss, dass mit der konsequenten Priorisierung von Massnahmen für den motorisierten Individualverkehr das Verkehrsproblem in Luzern nicht gelöst werden kann. Gerade Projekte wie der By-Pass oder die Spangen Nord und Süd führen bloss zu verstärktem Automobilverkehr, die Verstopfungen auf den Strassen der Innenstadt werden somit nicht gelöst (immerhin sind ca. 80% des Verkehrs in der Stadt durch Parkplatzsuche und „internen“ Verkehr verursacht). Was dieser Ausbau des Strassennetzes ebenfalls bewirkt ist eine verstärkte Zersiedelung, welche etwa die Entstehung neuer Shoppingmeilen nach amerikanischem Vorbild wie in der Kounimatt hervorbringt. Die AF fordert deshalb eine konsequente Bevorzugung

von Massnahmen die den öffentlichen Verkehr sowie den Langsamverkehr verbessern und attraktiver machen.

- Die AF denkt nicht, dass Hochhäuser sich einen eigenen Abschnitt in einem räumlichen Leitbild verdient haben. Hochhäuser dienen in keinem Fall dem sozialen Leben der BewohnerInnen, sie sind vielmehr Anzeichen einer Ghettoisierung und Anonymisierung – sie dienen also, wenn überhaupt, bloss einem Grosstadtimage, welches hinter den Fassaden bloss die Probleme einer solchen Grosstadt versteckt. Die AF fordert, den Bau von neuen Hochhäusern im BZO zu verbieten.

### **3. Sind die Schwerpunkte im Aktionsprogramm Stadtentwicklung richtig gesetzt?**

Nein. Konkret ist die AF mit folgenden Punkten nicht einverstanden:

#### **4.2.1**

Bereits der erste Punkt des Aktionsprogramms enthält viele grundlegend falsche Aussagen: Sogenannte Entwicklungspotenziale werden hier als Potentiale zur Standortgunst verstanden. Entwicklung wird demnach von privaten Investoren geschaffen, die der Stadt wirtschaftliche Prosperität verschaffen können – dies zeugt von dem unter Frage 1 beschriebenen einseitigen Verständnis von Stadtentwicklung und führt letztlich dazu, dass die Entwicklung der Stadt Luzern nicht von der Bevölkerung mitbestimmt wird, sondern unter dem Diktat von steuerstarken Investoren und Unternehmen geschieht. Dies wird bestätigt durch die Aussage: „Durch rasche Taten kann damit die Investorenstimmung günstig beeinflusst werden.“ Kaum ist Kapital vorhanden, beginnt die Stadt rasche Taten zu vollbringen. Dies ist bestimmt kein nachhaltiger und langfristiger gedachter Stadtentwicklungsprozess.

Zwar begrüsst die AF unter diesem Punkt die Feststellung, dass das <kreative Millieu> aus dem Stadtzentrum vertrieben wird. Sie ist jedoch mit der vorgeschlagenen Massnahme nicht einverstanden. Dem „wichtigen“ Millieu wird gerade noch eine temporäre Zwischennutzung zugestanden, wenn gerade kein Investor eine wertschöpfungsintensivere Nutzung finanzieren will. Diese Abschätzigkeit gegenüber dem „wichtigen“ Millieu zeugt erneut von der Arroganz der Stadt gegenüber diesen Szenen. Die AF fordert, dass unter diesem Punkt die Kultur einen hohen Stellenwert erhält, und Schlüsselareale nicht bloss in Wohnen, Arbeiten, oder „Nutzung offen“ eingeteilt werden. Gerade Schlüsselareale müssen von einer urbanen Durchmischung leben.

So kritisiert die AF auch, dass für die Areale Industriestrasse, Schüür/Rösslimatt, Tribbschen und Fluhmühle keine Nutzung vorgeschlagen wird. Gerade diese Gebiete sind heute durch eine starke kulturelle und gewerbliche Nutzung geprägt und sollten so auch weiterverwendet werden. Die AF bedauert, dass die Stadt das Projekt „Wohnwerk Luzern“ vorübergehend aufs Eis gelegt hat. Denn genau ein solches Projekt wäre in unserem Sinne einer zukunftsgerichteten und ausgeglichenen Stadtentwicklung förderlich. Sie verlangt deshalb, dass dieses und ähnliche Projekte in den oben genannten Schlüsselarealen – und an anderen Stellen – realisiert werden können.

#### **4.2.2.**

Wie bereits mehrmals beschrieben, ist es „im Sinne einer durchmischten, lebendigen Stadt und aus Sicht der Wertschöpfung“ nicht bloss erwünscht, Wohn- und Arbeitsplatzangebote, sondern auch kulturelle und soziale Einrichtungen sowie Platz für Kleingewerbe an zentraler Lage zu schaffen.

#### **4.2.3**

Wie bereits bei Frage 3 beschrieben lehnt die AF das Agglomerationsprogramm in dieser Form ab.

#### **4.3.1**

Die AF ist wie bereits geschrieben erfreut, dass sich die REK mit der städtischen Quartierpolitik befasst. Sie befürwortet es, dass Massnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens in den Quartieren ergriffen, und kleinräumige Strukturen zu erhalten und stärken versucht werden – und möchte darauf hinweisen, dass ihre Forderung nach mehr kulturellen Freiräumen genau in diese Richtung zielt. Die AF würde es begrüßen, wenn dieser Punkt noch erweitert wird. Gerade die oben angesprochene Problematik von fehlender Partizipation der Bevölkerung könnte mit einem Ausbau des Mitspracherechts der Quartierbevölkerung verbessert werden. Erst wenn die Bevölkerung eines Quartiers zusammenkommt und die Möglichkeit hat, über die Entwicklung ihres Quartiers mitzubestimmen, werden die Massnahmen in einem Quartier auch Erfolg verbuchen.

#### **4.5.3**

Die AF möchte darauf hinweisen, dass der Kulturkompromiss der Stadt Luzern darauf beruht, dass die etablierte Kultur nur dann unterstützt werden darf, wenn gleichzeitig auch Unterstützung für die alternative Kultur besteht. Dieser Kulturkompromiss scheint in letzter Zeit verloren gegangen zu sein. So ist es einmal mehr eine gegenüber der alternativen Kultur arrogante Haltung, wenn die Standortsuche für den „salle modulable“ einen eigenen Punkt im Aktionsprogramm erhält, während über die Alternativkultur kaum ein einziger Unterpunkt geschrieben wird. Solange der alternativen Kultur keine Räume an attraktiver Lage zur Verfügung stehen, soll auch dem „salle modulable“ kein attraktiver Standort gesucht oder gar freigemacht werden. Angesichts der städtischen Sparpolitik erscheint es zudem als wahrscheinlich, dass allfällige Betriebsbeiträge – zumindest längerfristig – zu Lasten anderer Kluturbetriebe gehen würden.

#### **4.5.4**

Die Stadt erkennt richtig, dass es in Luzern kaum Möglichkeiten gibt, „spontan und ohne einem Verein (...) anzugehören, auf einem Sportplatz Spiele und Sport zu betreiben.“ Die AF wünschte sich jedoch eine ähnliche Erkenntnis betreffend kulturellen Angeboten und Räumen für die Jugend: Es gibt in der Stadt Luzern kaum Möglichkeiten, kulturelle Praktiken auszuüben, ohne unter Konsumzwang zu stehen, einer Organisation oder einer Schule anzugehören. Die Schaffung von öffentlich zugänglichen Bandräumen, Ateliers oder Aufenthaltsräumen für Jugendliche ist für die Entwicklung der Jugendlichen genauso wichtig wie die Schaffung öffentlich zugänglicher Sportanlagen.

#### **4.6.1**

Die AF betrachtet die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft zwar als vorbildliches Ziel, jedoch steht diese Vision völlig quer im Gegensatz zu weiteren Punkten des Aktionsprogramms. In erster Linie kann eine Annäherung an die 2000-Watt-Gesellschaft wohl kaum erreicht werden, indem im Rahmen des Agglomerationsprogramm weitere Strassen gebaut werden. Auch findet sich im Aktionsprogramm keine Nennung etwaiger Vorgaben für Minergie-Standards von Neubauten oder renovierten Gebäuden. Soll diese Vision beibehalten werden, bedingt sie einen starken Ausbau der umwelttechnischen Massnahmen.

#### **4. Teilen Sie unsere Beurteilung der Nachhaltigkeitsaspekte im Kapitel 5?**

Die AF beurteilt die Nachhaltigkeit des REK als nicht gegeben. Einerseits fehlen die umwelttechnischen Massnahmen fast vollständig und werden mit dem Agglomerationsprogramm zusätzlich untergraben.

Auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene fehlt der AF vor allem die Berücksichtigung von produktiven, kreativen Tätigkeiten. In der Standortgunst um steuerstarke Firmen werden keine nachhaltigen Ziele erreicht. Standortwettbewerb ist ein schneller Prozess, und eine

Firma kann im Zeitalter der Globalisierung nicht wirklich langfristig Luzern zum Wachstum verhelfen. Soll also eine wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Stadtentwicklung entstehen, so sind die Förderung der produktiven und kreativen Tätigkeiten – Kleingewerbe, künstlerische und kulturelle Tätigkeiten stark zu gewichten. Denn schliesslich braucht Wirtschaft Produktivität, und diese kann nicht importiert werden.

#### **5. Haben Sie weitere Anregungen?**

Die AF möchte noch einmal betonen, dass sie die beschriebenen grundlegenden Verständnisse von Stadtentwicklung mit der Stadt nicht teilt. Sie fordert deshalb die Stadt auf, weitere Stossrichtungen, welche in die Richtung einer kreativen, produktiven, lebendigen, durchmischten, sozialen Stadt gehen aufzunehmen.

Weitere Anregungen werden wie angekündigt von einer Vielzahl von Organisationen im Herbst dieses Jahres durch ein Gegenkonzept bekannt gegeben.